

Luzerner Tagblatt.

Schubunddreißigster Jahrgang.

N^o: 64.

Insertionspreis:

Die einspaltige Zeitzeile über deren Raum . . . 10 Gr.
für Wiederholungen . . . 8 „
Insertionsannahme, größere bis 1 Uhr, kleinere bis 10 1/2 Uhr, im
Expeditiions-Bureau. — Anzeigen für Inserate ebenfalls
oder durch Telephon. — Schriftliche Anzeigen über Inserate
gegen Einlieferung der bet. Widmungsurkunde in Postmarken.

Abonnementpreis:
Durch die Post bezahlt: Vierteljährlich Fr. 12. 80, Halbjährlich Fr. 24. 40, Jährlich Fr. 48. 80.
Für Luzern zum Bringen: „ 12. —, „ 24. —, „ 48. —.
Abheben: „ 10. —, „ 20. —, „ 40. —.
Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
Redaktions- und Expeditiions-Bureau: St. Jakobsvorstadt 665 Z.

Donnerstag,

— Jeden Freitag eine belletristische Beilage: „Wöchentliche Unterhaltungen“ —

den 17. März 1887.

Zur sozialen Frage.

(Norr. aus Luzern.)

Zu den Verträgen über den Verkauf der Arbeiten am Verwaltungsgedäude der Gotthardbahn in Nr. 61 des „Luz. Tagbl.“ dürfen wohl einige Handlosen gemacht werden. Mit aller wünschbaren Gelassenheit wendet der Korrespondent: „Aber sind von all' den Siefigen, die bei dieser Arbeit Verdienst suchten und fanden, bis auf etwa zwei alle an dem Schauplatz verschwunden. Am letzten Mittwoch war schöner Jahrtag; am Donnerstag blieben die Leute aus, und es mußten Italiener requirirt werden.“

Wenn diese Angaben richtig sind (woran zu zweifeln wir kein Recht haben), so verdienen sie möglichst tief gehängt zu werden, damit jedermann sie sehen und anstaunen kann. Der Vertragsbestand ist wahrlich ein sehr gravirender. Nach dem Jahrtag hatten also gewisse Leute, wie es scheint, nichts Eiligeres zu thun, als einen „Blauen“ in Szene zu setzen. Daß dieser „Blau“ auf einen Donnerstag fiel, verschlingt ganz und gar nichts; und das dringende Geschäft des Gelbbergebens auf den Sonntag zu verschieben, ja da wäre Gefahr im Verzug gewesen. Wie man aus dem Wortlaut des Berichtes schließen darf, künftigen die Säumnigen nicht einmal die Arbeit in schicklicher Weise; sie entschuldigend ihr Ausbleiben nicht, sondern mügen gebadit haben: „Wir gehen einfach nicht; sehen die dort zu, wie sie sich befehlen!“

Und die Ursachen dieser Nichtschicklichkeit? Wir kennen vorläufig keine andere als den ertragreichen Jahrtag. Wenn diese Deutung sich bewährt, so stehen wir vor einem psychologischen Phänomen, welches uns erschrecken muß. Gibt es denn wirklich Arbeiter, welche ohne irgendwelchen sichhaltigen Grund jede Spur von Pflichtgefühl schände wegzuerwerfen fähig sind? Jeder wußte im gegebenen Falle, daß eine gewisse Arbeitsleistung auf eine bestimmte Frist vollendet sein müsse, jeder hätte sich sagen sollen, daß er ohne Verabredung und ausdrücklich erhaltene Erlaubnis nicht einen Tag, nicht eine Viertelstunde seinen Posten dürfe unausgefüllt lassen. Aber über solche Ermüdungen, so selbstverständlich sie auch sind, scheinen einzelne hinweg zu sein.

Somit war man geneigt, in Streitfragen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sich auf die Seite der Letzteren zu stellen, und man hatte oft genug Grund dazu; denn gar mancher Prinzipal hat schon kein Herz gehabt für die Dienenden, welche ihm den Gewinn verschaffen halfen. Die Erinnerung an den Spruch: „Jeder Arbeiter gebührt ein angemessener Lohn und eine menschliche Behandlung“ war schon manchem hartherzigen Herrn gegenüber am Plage.

Jetzt will, wie es scheint, auch das Gegenheil aufkommen: Arbeiter scheuen sich nicht, die offenkundigsten Verbindlichkeiten gegenüber ihren Lohnherren ohne Bedenken einseitig abzulösen, oder als nicht vorhanden zu betrachten. Gegen solche Emanzipationsgelüste, welche die heillossten Folgen haben würden, müssen die selben Behandlung der menschlichen Gesellschaft sich mit aller Energie wehren. Wo sich die schroffe Arbeitsscheu und Pflichtvergessenheit in so greller Form hervorwagt, wie im vorliegenden Falle, da findet das Mittel keine Stelle mehr. Arbeiter, welche mitten in der Woche „Blauen“ machen und den Taglohn von ungefähr 7 bis 8 Franken verdienen können, beweisen, daß jede Willenskraft, jedes Gefühl für die erhabene Würde des ehrlichen Geldverdienens, jede Sorge für ein geordnetes Familien- und Staatsleben ihnen abhanden gekommen ist. Solche rümpfen mit ihrem grenzenlosen Leichtsinne nicht nur sich selbst, indem sie blindlings der Armut und Verzweiflung in die Arme rennen, sondern sie schädigen auch nachhaltig den Ruf der Einheimischen überhaupt, unter denen sich doch noch viele fleißige und gewissenhafte Arbeiter befinden: Damit werden aber dem ohnehin fortschreitenden Pauperismus immer neue Rekruten zugeführt und den ohnehin geplagten Gemeinden fortwährend Giftstoffe eingetupft. Die Faulenzerei, das Schlaraffenland, der unordentliche Lebenswandel und ähnliche Uebel nagen viel verheerender am allgemeinen Wohlstand und sind viel mächtigere Faktoren der Nothlage, als diejenigen Ursachen, welche man meistens anlagt.

Wohin eine so unverantwortliche Mißachtung etner gesunden Lebensanschauung sofort führt, hat sich diesmal wieder deutlich gezeigt: Man stellt einfach Arbeiter mit gutem Rufe an, und sollte deren Feinmalchen sogar in einer fremden Sprache geschrieben sein. Selbst nicht thun, dann aber weislich über die herbeigerufenen Ausländer schimpfen, ist wahrlich ein würdiges Unterfangen, mit welchem man keinen Hund hinter dem Ofen hervorlockt. Wasgen wir

uns Konkurrenzfähig! das ist die einzige Rettung für uns in diesem Wettstreit der Nationen. Der germanische Stamm hat schon oft geegelt und jetzt es jetzt noch in mancher Gegend, daß er im Vider, in der Werkstat und in der Studierstube Fremde nicht zu fürchten braucht, wenn er seine Kräfte redlich anstrengt.

Um das handelt es sich eben. Der neueste höchst charakteristische Vorkauf auf sozialem Boden wird hoffentlich für Viele eine sehr ernste Mahnung enthalten. Lasse man sich überall, wo es noch thut, auf, bevor es ganz zu spät ist. Ueberzeuge man sich einmal gründlich, daß mit gewissen utopistischen Theorien von einem menschenwürdigen Dasein, aus welchen sich Arbeitsscheu und Nichtschicklichkeit ein fadenstängiges Mäntelchen für ihre Blöße schaffen, nichts erreicht wird als Schande und Elend. So wenig die Republik Privilegien o h e u duldet, so entschieden wird sie solche unten verweigern. Wolle ein Wohlger Vorrechte beanspruchen, so würde die Antwort für ihn bald bereit sein; das gleiche Loos wird auch den Arbeiter, welcher sich solche ohne weiteres nimmt, treffen. Ein Privilegium der häßlichsten Art wäre es gewiß, wenn ein regelrecht bestellter Arbeiter ohne Anzeig, zumal bei sehr dringenden Leistungen, kurzweg einen ganzen Tag aus purer Liebhaberei aussetzen wollte, ohne Rücksicht auf die Verlegenheit der gewissenhaftern Genossen. Ein solcher würde sich faktisch zu dem tollsten Grundbesitzer betennen: „Nehle — ja wohl, Nehle habe ich, aber Pflichten anerkenne ich nicht, oder nur soweit sie mir begehren.“

Die Weltordnung läßt sich nicht ungestraft hoch sprechen. Ohne Arbeit geht es einmal nicht; so wird es immer bleiben. Die Natur bringt von selbst bei weitem nicht genug nützliche Werthe hervor, die Menschhand muß getreulich mitwirken, und insbesondere alle Erzeugnisse der Stillfation und Kultur sind das mühsame Ergebniß komplizirter Anstrengungen. Freuen wir uns, daß es so ist! Denn im Grunde sorgt doch der Mensch an besten für sein Körperliches und geistiges Wohlbefinden, wenn er sich fröhlich an geregelter, pünktlicher, ununterbrochener Thätigkeit gewöhnt. Eine wahrere und weitere Lebensregel gibt es nicht als die ist: „Der Arbeitssame findet das Vergnügen, ohne es zu suchen, der Müßiggänger sucht es, ohne es zu finden.“

Eidgenossenschaft.

Alkoholgesetz. Die wichtigste Nachricht über die Referendumsbewegung kommt heute aus Freiburg: die ultramontane Regierungspartei des Kantons Freiburg ist mit Satz und Pled in das Lager der Gesetzgegner übergegangen. Noch in ihrer Sonntagstrummer hatte die gouv. elementale „Alberts“ die Behauptung des „Journal de Freiburg“, daß Großräthe und höhere Staatsbeamte im Kanton gegen das Gesetz agitiren, kategorisch dementirt. „Uns ist nichts davon bekannt“, schrieb das Blatt, „daß die konservative Partei oder ein Organ derselben bis jetzt gegenüber dem Referendumsbegehren Stellung genommen habe. Würde dieß der Fall, so müßten wir, so hätten wir doch, vor den Organen der Opposition davon unterrichtet worden sein.“

Die Unwissenheit der Redaktion der „Alberts“ sollte bald gehoben werden. Am denselben Sonntag, da obige Zeilen erschienen, versammelte sich in der Stadt Freiburg das Zentralkomitee der ultramontanen Regierungspartei und beschloß, den Wählern die Unterzeichnung des Referendumsbegehrens warm zu empfehlen. Der Beschluß prangt bereits an der Spitze der Dienstagsnummer der „Alberts“ und macht sich durch seinen Titel in Plakatförmigkeit von weitem bemerkbar. Als Hauptbeweggründe werden folgende drei Erwägungen angegeben:

1. Das durch das vorliegende Gesetz einzuführende Monopolsystem bildet eine so folgenschwere Maßregel, daß es wohl angemessen erscheint, die Frage dem Entscheide des Schweizervolkes zu unterstellen.

2. Das vom Bunde betriebene Monopol bildet einen unerhörten Eingriff in die Kantonsouveränität. Dasselbe steht im Widerspruch mit den föderalistischen und kantonalistischen Grundbegriffen, welche die konservative Partei des Kantons Freiburg von jeher in eidgenössischen Dingen zu ihrer Richtschnur genommen hat.

3. Die Erwägungen moralischer Art, welche zu Gunsten des Gesetzes vom 23. Dezember 1886 geltend gemacht werden, sind nicht ernst zu nehmen. Wer sich von der Art und Weise des Vollzuges des Gesetzes Rechenschaft gibt, muß die Ueberzeugung gewinnen, daß das Gesetz die Brantweinpest nicht im mindesten eindämmen wird.“

Gesicht auf obige drei Gründe, fordert das Parteikomitee die Wähler lebhaft auf („nous engageons fortamente“), die Referendumsbogen, welche sofort im Umlauf gesetzt werden sollen, zu unterzeichnen. Man weiß — bemerkt hiezu die „Grenzpost“ — was „engagor fortamente“ im Munde dieser Duobestyrannen zu bedeuten hat. Wer es mit ihnen nicht verderben will, wird unterschreiben müssen, und da die Libertards-Partei dormalen selbst in geheimer Abstimmung bei 16,400 Stimmern zählt, so können die Schnapsinteressenten aus dem Kanton Freiburg allein schon auf einen Bezug von etwa 10,000 Unterschriften rechnen. Noch mehr aber dürfte ihnen die Thatfache werth sein, daß zum ersten Male endlich eine wirkliche politische Partei sich offiziell und unzweideutig in ihren Reihen einstellt.

Das Alkoholgesetz kommt also jedenfalls vor die Volksabstimmung. Die Freunde des Gesetzes müssen und werden sich rühren, um denselben im Volke einen glänzenden Empfang zu bereiten.

Zum Vorgehen der Freiburger Regierungspartei bemerkt die konservative „Dfischweiz“: „Ob das Freiburger Komitee mit seinem Vorgehen die allgemein schweizerischen konservativen Partei fördert, ist eine Frage, die wir selber nicht zu bejahen vermögen. Gesetzt es, die Vorklage zu verwerfen, wird der Föderalismus im Jahre 1890 den Sieg von 1887 zu erheben zu erheben müssen, dessen sind wir überzeugt. Der gegenwärtige Moment des Kampfes gegen Bundesmonopole ist überhaupt entschieden schlecht gewählt, denn ein drohendes Mene Kefel ist der Opposition gegen alle Bundesmonopole erst kürzlich erschienen. Die politische Situation hätte im Dezember nur noch um ein Weniges sich verschlechtert müssen und die Schweiz würde mit ihrem Bundeswesen einen Krach erlebt haben, der das Volk um ungezählte Millionen ärmer gemacht hätte. Diefem Krache sind wir noch nicht entronnen; er kann kommen bei nächster Gelegenheit. Der Föderalismus wäre nicht reich genug, und wenn er seinen letzten Großen daran gäbe, das Elend wieder gut zu machen, welches der Mangel eines Notenmonopols gestiftet hat. Dem Volke aber würden dann die Augen aufgehen über gewisse Dinge und es würde abrechnen. Das Vorgehen der Freiburger, das im schweizerischen Gegenfaze zur Haltung der katolischen Fraktion der Bundesversammlung steht, wird auch in unsern eigenen Reihen wieder Verblüffung hervorruufen, und diese haben wir wahrhaftig nicht nötig. Der Sturm geht los; wir stehen auf unserm Posten.“

Arbeitersekretariat. Der „Grillwiler“ schreibt: „Durch den jüngsten Beschluß des Bundesrates wird das ausländische Element vom Arbeitertag in Aarau gänzlich ausgeschlossen; es dürfen nur Schweizer mitwirken, auch bei der Wahl der Delegirten, die sämtlich Schweizer sein müssen. Das wird nicht überall gefallen, aber es ist lediglich die Folge der unglücklichen und überzogenen Art, wie Einzelne das Sekretariat vorwerdeten und, weil dieses nicht ganz so aussieht, wie sie es wünschen, sogar sich zu der ungerechten Behauptung verließen, man habe die Arbeiter angepöbelnd. Es wäre nach jeder Richtung möglich gewesen, sich ruhig auf den Boden des Gegebenen zu stellen und nicht durch unnütziges Eifern die Behörde stutzig zu machen.“

Presse. Die infolge Ablebens des Hrn. F. v. Laur eingegangene „Schweiz. Handelszeitung“ soll durch das in Zürich erscheinende „Finanzelle Wochenblatt“ ersetzt werden. Als Herausgeber nennen sich Burckhardt & Cie. Die erste Nummer ist letzten Donnerstag erschienen.

Fuzern. Bezüglich der Motion Weibel und Genossen betreffend unentgeltliche Verabfolgung der Lehmittel an der Volksschule schreibt man dem „Comment. Bl.“ aus dem Hinterland: „Die Großrats-Mehrheit hätte den Entwurf auch ganz wohl an die Regierung oder an eine besondere Kommission zur Verfertigung und Antragstellung überweisen können. Eine Frage so wie nichts die nichts über's Rute abzubringen, wie es da geschähen, ist jedenfalls nicht passen. Wir glauben indessen, daß die Sache mit dem Großratsbeschlusse nicht abgethan ist. Würde man im Volke Unterschriften für die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel sammeln, gewiß würde man ein schönes Resultat erzielen. Im Hinterlande wenigstens ist die Stimmung günstig. Landwirthe und Handwerker würden es begrüßen, wenn ihnen solchergestalt eine Erleichterung gewährt würde. Hoffentlich wird der schweizerische Grailwiler die Angelegenheit auf dem bezeichneten Wege anpacken . . .“